

**Center of Bedouin Studies & Development, Negev Center for Regional Development (both Ben-Gurion University of the Negev, Beersheva) in Cooperation with the Konrad-Adenauer Foundation in Israel (eds.): Statistical Yearbook of the Negev Bedouin.** Beersheva 2004. 189 S.

Die Herausgeber legen zum zweitenmal dieses doppelsprachig hebräisch-englische Jahrbuch mit aktuellen statistischen Informationen über die Beduinen-Bevölkerung im Negev vor: über ihre schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme, ihren Lebensstandard, ihre Bildung und Gesundheit und ihre Wohnsituation – Themen, über deren Bedeutung, so die Herausgeber, Politiker, Beamte auf allen Ebenen, Wissenschaftler und die Öffentlichkeit häufig sprechen, ohne zu wissen (ist man versucht hinzuzufügen), worüber sie reden. Das Jahrbuch soll für sie als Hilfe zur Identifizierung und Lösung der angesprochenen Probleme dienen, wobei darauf zu achten sei, das Konfliktpotential als Ergebnis der schnellen Modernisierung und der sozialen und familialen Kulturtraditionen möglichst gering zu halten.

Die Beduinen machen ein Viertel der Gesamtbevölkerung im Verwaltungsunterbezirk („sub-district“) Beersheva aus, von denen die Hälfte seit den sechziger Jahren in sieben Ortschaften (eine Stadt und sechs Gemeinden („local councils“) lebt, während die andere Hälfte in Dörfern wohnt, die staatlicherseits keine Anerkennung gefunden haben. Die Angaben des amtlichen Statistischen Zentralamts seien nicht genau, weil dort die dortigen Bewohner nicht gezählt würden. Deshalb haben die Herausgeber andere Quellen erschließen müssen, um zu verlässlichen Zahlen zu kommen, wobei sie für den genannten Unterbezirk im Jahr 2002 auf 159.000 Personen kommen. Die Genauigkeit sei, wie sie betonen, schon deshalb wichtig, weil der Staat die Region zur vierten Metropole (neben Tel Aviv, Jerusalem und Haifa) entwickeln wolle.

Damit schließen sich die Autoren langjährigen Forderungen an, dem sozialen Status der arabischen im allgemeinen und der arabisch-beduinischen Bevölkerung im besonderen endlich die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Bisläng kam es zwar regelmäßig zu entsprechenden regierungsamtlichen Ankündigungen, doch Taten sind

ihnen nicht gefolgt. Drei Jahre nach Ausbruch der zweiten „Intifada“, bei deren Beginn im Oktober 2001 zwölf israelische Araber und ein in Israel weilender Palästinenser aus der Westbank gewaltsam den Tod fanden, kam eine Untersuchungskommission zu dem vernichtenden Urteil, dass die Regierungen „die wichtigste und sensibelste Angelegenheit auf der Tagesordnung“ des Staates bislang vernachlässigt hätten. Seither haben sich die Spannungen weiter vermehrt – nicht nur zwischen Juden und Arabern, sondern auch unter Arabern, wie die Vorgänge um die schweren Auseinandersetzungen zwischen Beduinen und Christen im Februar 2005 im Norden Israels zeigten.

Es ist zu hoffen, dass die vorgelegten empirischen Daten des Jahrbuches die politisch Verantwortlichen zu umfassenden Konsequenzen veranlassen.

*Reiner Bernstein*